



Thomas Plassmann

Leserbrief, der von der NOZ nicht abgedruckt wurde

Fingerzeig gegen rechte Gewalt. Verfassungsschutz zeigt Ausstellung in der BBS Pottgraben – Kritik von den Grünen – NOZ vom 6. November 2012

Der Schulleitung und den verantwortlichen Lehrkräfte muss man leider vorhalten, dass sie mit dieser Ausstellung in vielfacher Weise ein falsches und zudem gefährliches Zeichen gesetzt haben. Diese Ausstellung zur Erinnerung und Mahnung an den 9. November 1938 an diesem Ort zu zeigen war eine nicht akzeptable Entscheidung. Dem Verfassungsschutz aus diesem Anlass eine Bühne zu bieten ist mehr als bedenklich.

Man muss ihnen vorhalten, dass sie entweder die Historikerdebatte der 80iger Jahre sowie die aktuellen wissenschaftlichen Befunde u.a. der Untersuchungen von Wilhelm Heitmeyer (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) nicht kennen oder deren Erkenntnisse nicht verstanden haben. Die Verantwortlichen haben auch versäumt darüber nachzudenken, dass im Dezember 1941 jüdische Osnabrückerinnen und Osnabrücker in der ehemaligen Turnhalle auf dem Schulgelände auf den Bielefelder Transport nach Riga warteten? Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie mit dieser Ausstellung bei den Schülerinnen und Schülern eine unverantwortliche Verklärung und Verharmlosung der Naziherrschaft und aktueller rechtsextremer Gewalt bewirken. Sie stimmen zudem in den beschämenden Chor derer ein, die nicht müde werdend gezielt eine Relativierung dieser Ereignisse propagieren. Diese Verklärung und Relativierung ist wissenschaftlich nicht haltbar und pädagogisch verantwortungslos.

Haben sie auch nicht daran gedacht, welche unrühmlichen Schaustücke die Verfassungsschützer bei der Verhinderung der jüngsten rechtsextremen Greueltaten geboten haben und welche strafrelevanten Verstrickungen bei der Aufarbeitung dabei zutage treten?

Die Verantwortlichen sollten nun die dringend notwendig Zivilcourage zeigen und schleunigst diese Ausstellung aus den Räumen der Schule entfernen, um weiteren Schaden von der Schule und der weiterhin dringend gebotenen Aufarbeitung der Gewaltverbrechen des Nazifaschismus und des Rechtsextremismus abzuwenden. Dem Innenminister sei empfohlen, diese Ausstellung auf ihre ursprüngliche Thematik, den Rechtsextremismus, zu beschränken und in Zukunft dafür zu sorgen, dass politische Bildung keine Aufgabe des Verfassungsschutzes bleibt. – Demokratielernen ist mehr als Extremismusabwehr und sollte sich auch der Defizite demokratischen Bewusstseins in der Mitte der Gesellschaft annehmen. Wer politische Bildung nur von den Rändern gesellschaftlicher Realität aus konzipiert, hat die Bedeutung politischer Bildung im Grunde nicht verstanden und erweist ihr einen Bärendienst. Politische Bildung ist mehr als die Pädagogisierung gesellschaftlicher Defizite und Fehlentwicklungen.

Henrik Peitsch, Deutsche Vereinigung für Politische Bildung - Niedersachsen - 5.12.2012